ORIENTIERUNG

Katholische Blätter für weltanschauliche Information

Erscheint zweimal monatlich

Nr. 2 | 17. Jahrgang der «Apologetischen Blätter» | Zürich den 31. Januar 1953

INHALT: **Marx oder Malthus?:** Das Geburtenproblem in den unterentwickelten Ländern — Malthusianismus als westliche Haltung — Der Bevölkerungsoptimismus des Kommunismus — Unsere christliche Aufgabe.

Die Lage der katholischen Kirche in Jugoslawien: Grundsätzliche Haltung des jugoslawischen Staates — Neue kirchenfeindliche Massnahmen — Einzelne Beispiele — Die Gefahr einer Nationalkirche — Ausblick.

«Den Koffer oder den Sarg» (Bericht über Französisch-Nord-Afrika): Die Haltung der Eingeborenen — Les Français de France und Afrikas Franzosen — Das Projekt Eurafrika und seine Aussichten.

Ex urbe et orbe: Warum verteidigen wir den Westen? Erwägungen zu einem aufsehenerregenden Geschichtswerk — Die drei Strassburger «Versammlungen» (eine Uebersichtstabelle).

Marx oder Malthus?

In seiner neuen Bevölkerungslehre[1] setzt Alfred Sauvy, der Präsident der Bevölkerungskommission der UNO und Leiter des französischen Nationalinstituts für demographische Studien (INED), diese schlagworthafte Frage in die Überschrift seines Kapitels über die unterentwickelten Länder. Die Frage allein schon, ob das Bevölkerungsproblem in den zurückgebliebenen Ländern nach marxistischen oder malthusianischen Anschauungen gelöst werden soll, ist geeignet, unser christliches Interesse wachzurufen, uns an unsere katholische Mitverantwortung zu erinnern für die Lösung dieses modernen Weltproblems.

1. Das Bevölkerungsproblem der unterentwickelten Länder

Das Vorhandensein wirtschaftlich und kulturell zurückgebliebener Länder mit ihrem entsetzlichen Massenelend bildet kein neues Problem. Doch stellte dieses keinen ernsthaften Grund der Beunruhigung für die westlichen Völker dar, solange diese als Kolonialherren eine fast absolute Macht über diese Gebiete ausübten. Heute ist die Zeit der weissen Kolonialherrschaft vorbei und damit die Situation grundlegend verändert: Die farbigen Untertanenländer von gestern sind zu selbständigen, mächtig aufstrebenden Staaten geworden, oder – wo diese Entwicklung wie z. B. in Afrika noch nicht so weit gediehen ist – zerrt ein unaufhaltsam wachsendes nationalistisches Bewusstsein stürmisch an den ungelösten Fesseln der Fremdherrschaft. Alle können sich dabei auf die Freiheitscharta der Vereinten Nationen berufen, die allen Völkern das Recht auf Selbstbestimmung garantiert. Mit dieser veränderten Weltsituation hat auch das Problem der zurückgebliebenen Länder eine nie gekannte Aktualität erlangt.

Das wachsende Bewusstsein internationaler Solidarität und die Angst um die eigene Zukunft üben auf die wirtschaftlich hochentwickelten Länder des Westens einen mächtigen Impuls aus, den bisher zu kurz gekommenen Teilen der Welt zu Hilfe zu kommen. Überwindung des Massenelends, Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen wird als erste und wichtigste Voraussetzung zur Herstellung eines dauerhaften Weltfriedens betrachtet und bildet daher auch eine Hauptsorge der UNO und der ihr nahestehenden Organisationen: der UNESCO, der Weltgesundheitsorganisation, der Organisation für Ernährung und Landwirtschaft, des Internationalen Arbeitsamtes.

Es ist ein gigantisches Werk, seiner Vielgestaltigkeit und seinen Ausmassen nach, das die Welt hier in Angriff genommen hat. Doch liegt darüber wie ein schwerer Schatten das Bevölkerungsproblem: die Tatsache, dass ein beunruhigend starkes Bevölkerungswachstum gerade der wirtschaftlich unentwickelten Länder alle internationalen Hilfsmassnahmen zunichte zu machen droht, ja die bestehenden Spannungen, die den Weltfrieden bedrohen, noch zu verschärfen scheint. Während seit 1936 die Produktion der wesentlichen Nahrungsmittel um nur 4% zugenommen hat, ist die Weltbevölkerung um 13% gewachsen. Es gibt heute Länder, die mit einem jährlichen Bevölkerungszuwachs bis zu 3% rechnen müssen, was einer Verdoppelung der Bevölkerung innert ungefähr 23 Jahren entspricht.

Der ausserordentlich rasche Rückgang der Sterblichkeit in vielen unterentwickelten Ländern, der nicht wie in den westlichen Ländern von einer entsprechenden Abnahme der Geburtenziffer begleitet war und deshalb dieses starke Wachstum der Bevölkerung bewirkte, ist zum grössten Teil einer vermehrten medizinischen und sanitären Hilfeleistung zu verdanken und nur in geringem Masse der wirtschaftlichen Besserstellung der Bevölkerung. Denn eine solche Hilfe «ist weniger kostspielig. Es ist leichter, für eine Million Personen Impfstoffe herzustellen, als ihnen regelmässig die Nahrung zu sichern oder ihnen auch nur das geeignete Werkzeug zu deren Herstellung zu liefern» (Sauvy S. 245). Wenn nun zu dieser sanitären Hilfe die wirtschaftliche Hilfe hinzukommt, besteht die Gefahr, dass durch diese beim jetzigen zivilisatorischen Stand der Bevölkerung ein weiterer Rückgang der Sterblichkeit bewirkt wird bei gleichbleibender oder gar wachsender Fruchtbarkeit, das eigentliche Ziel jedoch, die Überwindung des Elends, nicht erreicht wird.

So stellt sich die entscheidungsschwere Frage: Wie kann die Hilfe für die unterentwickelten Völker in deren Ländern

[1] «Théorie Générale de la Population, Vol. I: Economie et Population». Presses Universitaires de France, Paris 1952.

einen wirtschaftlichen Fortschritt erzielen, der grösser ist als ihr Bevölkerungswachstum? An diesem Punkt wird auch die Alternative sichtbar: Marx oder Malthus?

Es bestehen zwei Möglichkeiten, eine vorhandene «Übervölkerung» mit niedrigem Lebensstandard, Arbeitslosigkeit und Hunger als Merkmale zu überwinden: Entweder indem man durch Produktionssteigerung die Menge der Lebensgüter der Bevölkerungsgrösse anpasst, oder dadurch, dass man auf die Bevölkerung einwirkt, ihre Grösse den vorhandenen Mitteln anzugleichen. Der kämpferische Kommunismus hat sich für die erste Lösung entschieden, während die um ihre Machtstellung bangende westliche Welt weitgehend die zweite Möglichkeit in ihr Hilfsprogramm aufgenommen hat und so – nach einem Wort von Sauvy (S. 286) – «den Flügel zum Klavierstuhl hinschieben will». Oder wie der jugoslawische Vertreter Vogelnik 1947 in der Bevölkerungskommission der UNO diese gegensätzliche Haltung von Ost und West aussprach: «Ihr Kapitalisten lehnt die Planwirtschaft ab und wollt zur Anpassung an eure blutarme Wirtschaft Bevölkerungsplanung; wir jedoch wollen im Gegenteil die Wirtschaft der Bevölkerung anpassen» (Sauvy S. 174).

2. Malthusianismus als westliche Haltung

Wenn ein Grossteil der massgebenden Kreise in den internationalen Organisationen so entschieden für eine umfassend angelegte Geburtenplanung in den unterentwickelten Ländern, vor allem in Asien, eintritt, so mag dies vielfach aus der ehrlichen Überzeugung geschehen, dass ohne eine solche eine wirksame Hilfe überhaupt nicht möglich sei. Dazu kommt die alte, typisch europäische Angst vor der «Übervölkerung» der Erde als der Zerstörerin allen materiellen Wohlstandes. Wohl fehlt es nicht an Stimmen, die eine gegenteilige Auffassung vertreten. So erklärten 1951 einige Experten der UNO: «Die Meinung, dass die wirtschaftliche Entwicklung notwendig durch das Wachstum der Bevölkerung vereitelt werde, ruft in gewissen Kreisen eine pessimistische Stimmung hervor. Wir teilen diese Anschauung nicht. Wenn ernsthafte Anstrengungen zur Entwicklung der zurückgebliebenen Länder gemacht werden, dann sehen wir nicht ein, warum deren Nationaleinkommen nicht in einem rascheren Rhythmus wachsen soll als das gegenwärtige oder mögliche Wachstum ihrer Bevölkerung. Das Problem ist schwierig, aber nicht unlösbar.»[2] In ähnlichem Sinn wandten sich schon früher A. Myrdal und P. Vincent gegen die These der drohenden Übervölkerung der Erde: «Die durch die Wissenschaft verwirklichten materiellen Fortschritte haben bis heute niemals jene enttäuscht, die ihr Vertrauen auf sie gesetzt haben. Trotz der pessimistischen Voraussagen der Malthusianer, trotz eines bisher nie gekannten Wachstums der Weltbevölkerung werden die Länder, die periodisch dem Hunger oder der Teuerung anheim fallen oder chronisch unterernährt sind, immer seltener.»[3]

Aber solche optimistische Äusserungen vermögen kaum die allgemein vorherrschende Denkweise nachhaltig zu beeinflussen: Zu tief sind die Wurzeln, welche die malthusianische Vergangenheit Europas geschlagen hat, zu sehr ist es dem kapitalistischen Denken zur Gewohnheit geworden, die Bevölkerungsfrage einseitig vom Standpunkt der Kosten und der Macht zu betrachten.[4]

Ein Blick in die europäische Vergangenheit lässt uns dies besser verstehen: Solange der Familienvater unbeschränkte Autorität über seine Kinder besass, sie nach Belieben arbeiten lassen konnte, ohne zu bestimmten Gegenleistungen verpflichtet zu sein, lag das Interesse in der kinderreichen Familie. Das änderte sich, als sich die väterliche Autorität verminderte, die Kinderarbeit ungebräuchlich und verboten wurde, eine allgemeine Verpflichtung zur Ausbildung der Kinder hinzu kam. Viele Kinder zu haben war nun nicht mehr »rentabel«, es setzte die freiwillige Geburtenbeschränkung ein – zuerst bei den oberen Volksschichten, später bei der grossen Masse. – Solange in einem Lande die besitzende Klasse sich mehr oder minder mit dem Staat identifizieren konnte, also die Macht besass, bejahte sie populationistische Ideen für die untern Volksschichten, während sie vielleicht selber schon Geburtenbeschränkung übte. Denn sie hatte Interesse daran, viele Soldaten, Lohnarbeiter und persönliches Dienstpersonal zur Verfügung zu haben. Dies änderte sich, als sie im Verlauf der Zeit ihre bisherige Macht mit ihren Untergebenen teilen musste und ihr aus dem Wachstum der Bevölkerung soziale Lasten und Verpflichtungen erwuchsen. Die zahlenmässige Zunahme der Bevölkerung wurde ihr zum Gegenstand der Sorge; eine Beschränkung erschien ihr wünschbar, und sie zeigte sich entschlossen, alle Vorkehrungen, welche ein solches Wachstum begünstigen – z. B. die Forderungen der Familienpolitik – direkt oder indirekt zu bekämpfen.

Der gleiche Vorgang wiederholte sich auf internationaler Ebene. Am Anfang des Kolonialismus kümmerten sich die Kolonialherren weder in Asien noch in Afrika stark um die Frage der Bevölkerungszahl. Sie hatten vielmehr alles Interesse daran, durch ein ungehemmtes Wachstum der Eingeborenen möglichst viele billige, durch keine soziale Hypothek belastete Arbeitskräfte zu erhalten. Im Verlaufe des 20. Jahrhunderts änderte sich jedoch dieses Verhalten der Kolonialherren durch eine uneigennützigere Betreuung ihrer Untertanen: sei es aus Furcht, diese zu verlieren, sei es aus dem edleren Motiv menschlicher Solidarität. Heute, wo das Mündigwerden der Kolonialvölker an die Weltsolidarität sehr gebieterische Forderungen stellt, wachsen die malthusianischen Sorgen der westlichen Welt schier ins Ungemessene. Das zeigt sich am stärksten im reichsten Land, in den Vereinigten Staaten: Die Angst, bedürftige Völker ernähren zu müssen, und die noch lebhaftere Angst, diesen eines Tages durch eine Einwanderung grossen Stiles in den eigenen weiten, noch kaum erschlossenen Gebieten Raum schaffen zu müssen mit allen daraus sich ergebenden Konsequenzen wirtschaftlicher und politischer Natur, ist geeignet, Überlegungen malthusianischer Natur hervorzurufen, wie sie z. B. in dem berühmt gewordenen Buch von William Vogt, «Road to Survival», niedergelegt sind. Nur allzu klar wird die Gefahr sichtbar, welche aus der Durchführung eines Modernisierungsprogramms für die unterentwickelten Länder zu entstehen droht: Dass nämlich dadurch «die gegenwärtig herrschenden Mächte eine künftige Welt schaffen, in welcher ihre eigenen Völker zu immer kleineren Minderheiten herabsinken und einen immer geringeren Anteil am Weltreichtum und an der Weltmacht besitzen würden» (Notestein, zit. Sauvy S. 252).

Solche Überlegungen machen es verständlich, wenn mit der Durchführung des wirtschaftlichen Hilfsprogramms für die Völker Asiens eine intensive Propaganda für künstliche Geburtenbeschränkung verbunden und nach Möglichkeit – wie es in besonders krasser Form im besiegten Japan der Fall war – dieser Propaganda mit Zwang nachgeholfen wird. Welches wird das Endresultat dieser höchst bedenklichen Taktik sein? Das eine lässt sich schon heute mit Sicherheit sagen: Es wird entscheidend beeinflusst sein durch das entgegengesetzte Vorgehen des grossen Widerpartes der westlichen Welt auf der Weltbühne, des sowjetischen Kommunismus.

3. Der Bevölkerungsoptimismus als Haltung des Kommunismus

Russland hat schon bei der Eröffnungssitzung der Bevölkerungskommission der UNO im Februar 1947 eine klare Stellung bezogen, als es den sowjetischen Vertreter Rabichko erklären liess: «Ich würde es für barbarisch halten, wenn die Kommission eine Beschränkung der Ehen oder der Geburten innerhalb der Ehe ins Auge fassen würde, und dies für jedwedes Land, zu jedweder Zeit. Mit einer angemessenen gesellschaftlichen Organisation ist es möglich, jedem nur erdenklichen Bevölkerungswachstum die Stirne zu bieten» (Sauvy S. 173).

---

[2] Zit. bei Cl. Mertens: «Doctrine catholique et Problème de la population», in NRT Dez. 1952, S. 1055.

[3] «Sommes-nous trop nombreux?» Paris, Dunod 1950, S. 70.

[4] Wir machen auf den ausgezeichneten Artikel von François Perroux aufmerksam: «Die Kosten des Menschen – Vom Geiz der Nationen zu einer Wirtschaft der Menschheit», deutsch veröffentlicht in «Dokumente», 5. Heft 1952, S. 421 ff.

Eine «absolute Übervölkerung» gibt es für den Kommunismus nicht. Dieser Begriff hat nach ihm nur einen Sinn im kapitalistischen System, in welchem alles, also auch der Mensch, dem Profit unterzuordnen ist. Schon Marx konnte spotten: «Die Bedürfnislosigkeit als das Prinzip der (kapitalistischen) Nationalökonomie zeigt sich am glänzendsten in ihrer Bevölkerungstheorie. Es gibt zu viel Menschen. Sogar das Dasein des Menschen ist ein purer Luxus, und wenn der Arbeiter ‚moralisch' ist, wird er sparsam sein an Zeugung. Die Produktion der Menschen erscheint als öffentliches Unglück.» Und: «Grosser Fortschritt von Ricardo, Mill etc. gegen Smith und Say, das Dasein des Menschen – die grössere oder kleinere Menschenproduktivität der Ware als gleichgültig und sogar schädlich zu erklären. Nicht wieviel Arbeiter ein Kapital unterhalte, sondern wieviel Zinsen es bringe... sei der wahre Zweck der Produktion.»[5]

Wir dürfen nicht aus dem Auge verlieren, dass für Marx und die Kommunisten der Malthusianismus ein typisches Erzeugnis des kapitalistischen Denkens, ihre eigene entgegengesetzte Einstellung zur Bevölkerungsfrage daher eine ausgesprochene Kampfdoktrin darstellt, die bei Bedarf eines Tages bedenkenlos geändert werden kann. Aber vorläufig entspricht eine optimistische Bevölkerungspolitik noch durchaus ihren Interessen und Bedürfnissen.

Das gilt zunächst für Sowjetrussland selber. Seine Kollektivwirtschaft kennt grundsätzlich keine Arbeitslosigkeit. Das russische Gebiet ist so weit und verfügt über so reiche natürliche Reserven, die noch nicht nutzbar gemacht worden sind, dass auch ein starkes Wachstum seiner Bevölkerung keinen Grund zur Beunruhigung bilden kann. Vielmehr wird ein solches Wachstum geradezu gefordert zugunsten einer raschen und intensiven Industrialisierung und zur Stärkung der wirtschaftlichen wie auch der politisch-militärischen Macht. Zudem führt diese Bevölkerungszunahme – da sich Russland im Stadium der «Untervölkerung» befindet – sogar zu einer Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen. So sind von da her die massiven russischen Massnahmen zur Förderung des Kinderreichtums und die scharfe Bekämpfung der künstlichen Geburtenbeschränkung leicht zu begreifen.

Wenn schon in Russland selbst die Bevölkerungspolitik im Dienste einer möglichst grossen Machtentfaltung steht, so wird auch die sowjetische Politik in den unterentwickelten Ländern ihrer Einflußsphäre letztlich durch dieses eine grosse Ziel bestimmt: Kampf um die Weltherrschaft. Das verlangt – im Gegensatz zu den Absichten des Westens –, dass diese unter russischer Kontrolle stehenden Völker möglichst rasch zu einem machtpolitischen Faktor in der Welt heranwachsen. Zu diesem Zwecke ist es notwendig, dass eine sofortige materielle Besserstellung der Bevölkerung weitgehend zurückgestellt wird zugunsten der demographischen und industriellen Investitionen. Während die Westmächte in ihrem Einflussgebiet die bestehenden grossen Gegensätze zwischen arm und reich durch Hebung des Lebensstandards der Massen zu mildern suchen und zu diesem Zweck eine Verlangsamung des Bevölkerungswachstums für notwendig halten, bringen die Kommunisten durch Enteignung der besitzenden Klassen die regimebedingte Übervölkerung zum Verschwinden. Um eine absolute Übervölkerung braucht man sich vorerst nicht zu sorgen – dank des in Anwendung gebrachten Wirtschaftssystems.

Eine rasche Vergrösserung der wirtschaftlichen Kapazität ist nämlich in den unterentwickelten Ländern nicht zu erreichen mit liberalen Methoden des Westens. Es braucht dazu eine starke, konsequent planende Autorität, welche ohne Rücksichtnahme auf den Grad der Ergebenheit und Begeisterung der Bevölkerung ihre Ziele zu erreichen vermag. Mit anderen Worten, es muss die kollektive Zwangswirtschaft eingeführt werden, in welcher die Russen bereits grosse praktische Erfahrungen besitzen. So werden die ehemaligen Untertanen eines Kolonialsystems oder einer alten Feudalherrschaft einer neuen Knechtschaft entgegengeführt.

Diese Methode hat in China z. B. grosse Vorteile. Die Arbeiter, die seit altersher an ein Joch gewöhnt sind, ertragen ohne Mühe ein neues, besonders wenn damit Gefühle nationalistischen Selbstbewusstseins verkoppelt werden. Es wird ihnen die Überzeugung beigebracht, dass sie jetzt nicht mehr für fremde Herren arbeiten, sondern für ihre Freiheit und für die grosse Zukunft ihres Landes. Und wenn ihre Lebensbedingungen auch armselig bleiben, so bietet doch das neue kommunistische Regime einen grossen Vorteil: Arbeit und Brot für alle, ohne dass von ihnen eine künstliche Beschränkung ihrer Lebenskraft gefordert wird.

Erst die Zukunft wird zeigen, ob sich nicht die Kommunisten mit ihrer Methode in den unterentwickelten Ländern als die besseren Psychologen und auch als erfolgreichere Wirtschaftspolitiker erweisen werden als die Amerikaner mit ihren europäischen Verbündeten. Wir müssen uns jedoch die Frage stellen, welches unsere christliche Stellungnahme zur Alternative: Marx oder Malthus ist.

4. Unsere christliche Aufgabe

Es ist uns Christen nicht erlaubt, uns dem Problem der unterentwickelten Völker gegenüber mit der Rolle blosser Zuschauer zu begnügen. Was die australischen Bischöfe in ihrem flammenden «Aufruf an die Christen des Westens» über die Rettung Asiens aussprachen, besitzt für alle von uns verpflichtende Geltung: «Die Rettung Asiens kann nur verwirklicht werden, wenn die westliche Welt es als ihre unbedingte Pflicht erkennt, in christlicher Liebe den armen und niedergetretenen Völkern dieses ungeheuren Kontinents selbstlos zu helfen: Nur wenn sie zu der Einsicht kommt, dass es sich hier nicht in erster Linie um ein wirtschaftliches oder politisches Problem, sondern um eine christliche Verpflichtung handelt. Das öffentliche Gewissen der ganzen westlichen Welt muss zu der Überzeugung kommen, dass der entlegenste Bauer Asiens der Bruder der Menschen des Westens ist und ein Recht auf brüderliche Hilfe hat.»[6]

Für uns Christen ist also das Problem der unterentwickelten Völker in allererster Linie ein menschliches und christliches Problem, obwohl wir die Wichtigkeit seiner wirtschaftlich-politischen Seite keineswegs unterschätzen. Wenn wir daher sagen: Nicht Marx oder Malthus, sondern weder Marx noch Malthus, dann gilt dies, insofern durch diese Namen Lösungsversuche bezeichnet werden, welche sich ausschliesslich von Erwägungen der materiellen Nützlichkeit oder der politischen Macht leiten lassen, ohne Rücksicht auf das geistig-sittliche Wohl unserer Mitmenschen im Elend und ihre gottgewollte ewige Bestimmung. Wir haben gewiss nicht die geringste Veranlassung, dem Kommunismus – trotz seines Bevölkerungsoptimismus – den Erfolg zu wünschen. Wir wissen zu gut, dass ihm in Verfolgung seiner gottlosen Ziele nichts Menschliches und nichts Göttliches heilig ist. Aber wir sind ebenso wenig gewillt, jenen unsere Zustimmung zu geben, die – selbst wenn dies in guter Absicht geschehen sollte – zur Erreichung ihrer Ziele sich nicht scheuen, unantastbare Grundsätze des sittlichen und religiösen Lebens mit Füssen zu treten. Wir müssen erkennen, dass in der malthusianischen Haltung des Westens viel mehr Besitz- und Machtegoismus enthalten ist als echte selbstlose Solidarität und Hilfsbereitschaft.

Auf das Vorgehen der Kommunisten haben wir keine Einflussmöglichkeiten. Aber die internationalen Organisationen, welche sich vorzugsweise mit den Problemen der unterent-

[5] K. Marx: «Nationalökonomie und Philosophie» in Kröners Taschenausgabe Bd. 91, S. 320 und 362.

[6] Zit. nach «Der Christ in der Welt», Reihe II, Folge 5/6, 1951/52.

wickelten Länder befassen, warten immer noch auf eine aktivere Mitarbeit katholischer Laien, die sich ihrer christlichen Sendung voll bewusst sind. Wir haben so lange kein Recht, uns über den übergrossen Einfluss laizistischer und atheistischer Elemente in diesen Organisationen zu beklagen, als wir von unserer Seite nicht unsere besten Kräfte dafür zur Verfügung stellen. Es geht hier um ein modernes Laienapostolat im vornehmsten Sinne des Wortes: In christlicher Liebe und Verantwortung an Lösungen mitzuarbeiten, welche das materielle und kulturelle Elend wirksam zu überwinden vermögen und zugleich den Forderungen christlicher Menschenwürde entsprechen. Denn sonst ist nicht viel Gutes zu erhoffen: Weder für die zu kurz gekommenen Völker, noch für den ersehnten Weltfrieden.

Otto Stöckle

Die Lage der katholischen Kirche in Jugoslawien

«Wenn man in Jugoslawien von einer Kirchenverfolgung reden will, dann wird die Kirche in allen europäischen und zivilisierten Ländern verfolgt», erklärte kürzlich der jugoslawische Aussenminister Kardelj in einer Rede, die jetzt von den diplomatischen Vertretungen zu Propagandazwecken im Ausland verbreitet wird.

Über die wirkliche Lage geben uns vor allem zwei kirchliche Dokumente Auskunft: der Brief der jugoslawischen Bischöfe an Marschall Tito vom 25. September 1952 und die (refüsierte) Note des Vatikans an die jugoslawische Regierung vom 15. Dezember 1952. Ergänzt man diese Dokumente durch einige andere Nachrichtenquellen, ergibt sich folgendes Bild.

1. Grundsätzliche Einstellung des jugoslawischen Staates zur Religion

Wer die grundsätzliche Haltung der kommunistischen Sowjetunion zur Religion kennt, für den ist auch die Einstellung des jugoslawischen Kommunismus gegenüber der Religion nichts Neues. Zwischen beiden besteht kein Unterschied.

In der Note des Vatikans heisst es unter Nr. II:

«Der Heilige Stuhl muss zu seinem grossen Leidwesen feststellen, dass sowohl die Regierungsbehörden wie andere prominente kommunistische Persönlichkeiten in feierlichen und oft wiederholten Erklärungen die Absicht äussern, den Völkern – und vorab der Jugend – jeglichen religiösen Gedanken und jegliches religiöse Gefühl zu nehmen und dass sie einen pausenlosen Kampf gegen die Religion und vor allem gegen die katholische Religion führen. Es genügt, einige wenige Beispiele aus jüngster Zeit festzuhalten.

Am 1. Juni 1952 veröffentlichte das Organ der kroatischen kommunistischen Partei ‚Naprijed' eine Äusserung von Vicko Krstulovic, Präsident der Nationalversammlung der Volksrepublik Kroatien, die er an einer kommunistischen Parteiversammlung in Osijek getan: ‚Mit der von uns bewerkstelligten Revolution haben wir die Ketten des alten bürgerlichen Rahmens zerbrochen... Wir konnten aber die Kirche als Institution nicht zerstören, nicht, weil unser Land und unsere Behörden schwach sind, sondern weil im Gewissen vieler Leute, besonders der Bauern, noch starke Reste des Glaubens sind. Wir sind überzeugt, dass die Kirche als Einrichtung ihre Zeit gelebt hat; wir müssen gegen sie in der Politik kämpfen, auf dem Gebiet der Kultur und so – gleichzeitig mit dem materiellen Lebensniveau – das Volksgewissen heben, damit es je länger je besser verstehe, dass sich die Welt nicht nach dem Hl. Geiste, sondern nach den Gesetzen der Natur entwickelt hat.'

«Nova Makedonija» von Skopje veröffentlichte am 2. März 1952: 'Unsere Partei war der religiösen Ideologie und der Kirche gegenüber nie indifferent; heute gilt es aber, einen systematischen ideologischen Kampf zu organisieren, einen täglichen Kampf mit der Presse, mit Massenorganisationen, kulturellen Institutionen, um alle religiösen Anschauungen der ganzen Welt, alle Vorurteile und alle religiösen Traditionen auszumerzen'.»

Zum Schluss des Abschnittes II der Vatikannote heisst es: «Übrigens erklärte Marschall Tito den Vertretern des Kongresses der Professoren und Lehrer Jugoslawiens (‚Borba', 30. 4. 52) selber: ‚Ich weiss, dass man uns im Ausland vorwerfen wird, die Jugend von Gott zu entfernen. Wir können aber nicht zulassen, dass diese Männer den Aberglauben praktizieren, da dies alles doch nur Aberglaube ist. Wir müssen gegen den Mumpitz ankämpfen.'»

2. Antireligiöse Massnahmen

Presse: «Vor der Machtergreifung des kommunistischen Regimes zählte man in Jugoslawien 125 katholische Blätter (Tageszeitungen, Wochen-, Monatsblätter, Revuen, Zeitschriften usw.). Diesen Organen entsprach die Zahl der Verlagsanstalten und Druckereien, wovon 24 besonders wichtig waren. Heute stehen all diese Häuser unter der Gewalt des Staates. Die Tageszeitungen, Wochenblätter, Zeitschriften, Diözesanblätter, Pfarrblätter wurden auf diese oder jene Weise unterdrückt. Eine gewisse Zeit lang lebten ein paar Blätter noch kümmerlich weiter, wie z. B. «Vjerski List» in Maribor, «Oznanile» in Ljubliana, «Gore Srca» in Zagreb. Diese drei wurden in der Auflagenhöhe beschränkt und mussten dann eins nach dem andern ihr Erscheinen einstellen. Heute ist die katholische Presse nur noch vertreten durch «Vjesnik», das Monatsblatt für den Klerus, und die Monatsschrift «Blagovest», die mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Seit einigen Monaten erscheint in Vipava mit vier Seiten monatlich (im Halbformat) das Organ «Druzina», das vom Apostolischen Administrator von Nova Gorica herausgegeben wird. Diese Publikationsorgane können es aber nicht wagen, auf die täglichen Verleumdungen und Gotteslästerungen der kommunistischen Presse zu antworten. Heute ist es in Jugoslawien sozusagen unmöglich, ein religiöses Buch zu drucken.» (Vatikan-Note)

»Die Kultusfreiheit ist ebenfalls beschränkt und verletzt. Kirchenbauten wurden ihrer Bestimmung entzogen und in gewissen Fällen Nicht-Katholiken übergeben: Das ist der Fall bei der alten Kirche des Deutschritterordens in Ljubliana, die den Altkatholiken übergeben wurde, die dort fast keine Gläubigen zählen. Die Erlöserkirche in Rjcka wurde zerstört. Andere Kirchen im Panat und anderswo wurden ebenfalls zerstört. Das Marienheiligtum Ptuiska Gora wurde in ein Museum verwandelt. Die Zivilbehörden verweigern die Erlaubnis zum Bau neuer Gotteshäuser und gestatten nur mit Mühe Reparaturen an Kirchen. Fast überall sind die Prozessionen verboten; man widersetzt sich den Festlichkeiten, die bei Primizen üblich sind.» (Vatikan-Note)

«Der Katechismus-Unterricht ist grossen Beschränkungen unterworfen.

In Kroatien verbannte ein Zirkular vom 31. Januar 1952 den Religionsunterricht aus den Staatsschulen; diese Massnahme wurde sofort auch in den andern Volksrepubliken ergriffen. Es verbot ausserdem die Kinder zur religiösen Unterweisung zu besammeln, auch wenn dies in Kirchenhäusern, Pfarreigebäuden und Privatwohnungen geschieht.

In Slowenien sind die Geistlichen dur h Gesetz vom 20. Juli 1952 verpflichtet, eine besondere Erlaubnis zur Abhaltung

von Religionsunterricht einzuholen. Dieser Religionsunterricht hat im Gotteshaus zu erfolgen und dies nur an Festtagen. Viele Geistliche wurden mit einer Busse belegt, weil sie es gewagt haben, sonst Religionsunterricht zu geben.

In Bosnien-Herzegowina ist die Erteilung von Religionsunterricht schon seit 1946 in den Schulen verboten; man schützte den fadenscheinigen Grund vor, die Schule sei von der Kirche getrennt. Gleichzeitig ist es aber auch nicht gestattet, in den Kirchen Religionsunterricht zu geben, da jeglicher Unterricht in der Schule erteilt werden muss.» (Vatikan-Note)

Während der Religionsunterricht mehr und mehr beschränkt und verdrängt wurde, wurden die Massnahmen für die marxistisch-leninistische Jugenderziehung verschärft.

«Prosvjetni Vjesnik», das offizielle Organ des Unterrichtsministeriums der Volksrepublik Kroatien, verordnet in der Ausgabe vom 15. Oktober 1952 die Einführung eines neuen Unterrichtsgegenstandes, der «Gesellschafts- und Moralerziehung». Der neue Gegenstand ist für alle Schulen obligatorisch. Er soll den Religionsunterricht ersetzen.

Die Verordnung umschreibt in der Einleitung Ziel und Aufgaben des neuen Gegenstandes: «Das Ziel des Unterrichtes der Gesellschafts- und Moralerziehung besteht darin, bei den Schülern die Eigenschaften des sozialistischen Menschen zu entwickeln.» Das wird hauptsächlich dadurch erzielt, dass der Unterricht es darauf absieht, «den Mystizismus, Aberglauben und die Religiösität zu entschleiern».

Schon in den Volksschulen (für 6–10jährige) ist der Aberglaube, die Religion und der Mystizismus als etwas Menschenunwürdiges zu bekämpfen. Bei diesen Kindern muss man «die Liebe und Verehrung zur kommunistischen Partei und ihren Führern, besonders zu Tito, die Treue und Ergebenheit zu unserem sozialistischen Vaterland, Unnachgiebigkeit und Hass dem Feinde gegenüber» erwecken.

In den unteren Klassen der Mittelschulen wird dieser Unterricht noch konkreter. Es sind darzustellen: «Die Religion und der Aberglaube als veralterte Denkarten bei den Primitiven und bei zurückgebliebenen Menschen. Der Ursprung der Religion und ihre Rolle in der Erhaltung der unterjochten Völker und Klassen im Sklavenverhältnis.»

Für die höheren Klassen in den Mittelschulen ist eine noch ausführlichere Stufe des Unterrichts über Religion und Moral vorgeschrieben: «Der Ursprung der Religion ist als Folge der Unwissenheit, der Furcht und als das Ausbeutungsmittel der besitzenden Klassen darzustellen. Die Religion ist mit der Kultur nicht vereinbar. Die christliche Moral ist im Vergleich zur kommunistischen rückständig. Die kommunistische Moral gründet sich auf den Kampf gegen die Ausbeutung durch den Kapitalismus, dessen servile Dienerin die Religion ist.»

3. Drangsalierungen der Katholiken

Es seien nur einige Beispiele genannt:

«Die Verhaftung von Geistlichen für nichtexistente Delikte nehmen ihren Fortgang, sie werden sozusagen immer zur gesetzlich vorgesehenen Maximalstrafe verurteilt. Ihrer 200 sind immer noch im Gefängnis. In den letzten Jahren wurden etwa 30 Geistliche auf hinterhältige Weise umgebracht. Die Schuldigen wurden nie gefunden oder sie wurden nicht bestraft.

Die Bischöfe haben bei der Ausübung ihrer Amtstätigkeit mit grossen Schwierigkeiten zu kämpfen, vor allem bei den Pastoralvisiten. Man verbietet ihnen, gewisse Pfarreien aufzusuchen; in anderen organisieren die Kommunisten ungestraft feindliche Kundgebungen und verüben Tätlichkeiten. Am 20. Januar 1952 wurde Msgr. Vovk, Apostolischer Administrator von Ljubliana, als er sich in eine Pfarrei begab, auf dem Bahnhof von Novo Mesto angegriffen; die schweren Brandwunden, die man ihm da zufügte, zwangen ihn zu mehrmonatiger Pflege. Einer der Schuldigen wurde lediglich bestraft und zwar nur zu 9 Tagen Gefängnis bedingt. Msgr. Banić, Apostolischer Administrator von Sibenik, wurde ebenfalls verschiedentlich angegriffen. Die Bischöfe werden zahlreichen Verhören unterworfen und sind von der Polizei Einschüchterungen und Bedrohungen ausgesetzt.

‚Vjesnik' in Zagreb berichtete am 22. Februar 1952, dass zahlreiche Schüler kroatischer Mittelschulen wegen ‚religiöser Verbrechen' aus den Schulen weggewiesen wurden, da sie an Weihnachten dem Unterricht nicht gefolgt waren. 32 Studenten wurden vom Lehrerseminar Marigo in den ersten Monaten des Jahres 1952 weggewiesen, da sie die Kirche besuchten.» (Vatikan-Note)

«Schulkinder werden belästigt, weil sie die Sonntagsmesse besucht oder gelegentlich religiöse Äusserungen gemacht haben. Schüler wurden aus Normalschulen entlassen, weil sie, danach gefragt, bekannt hatten, an Gott zu glauben, oder weil sie ihre religiöse Pflicht erfüllt haben. Schlagen ist in der Schule verboten. Trotzdem schlagen die Lehrer auf dem Lande die Kinder, weil sie in die Kirche gehen oder den Religionsunterricht besuchen. Am 8. September 1952, dem Fest Mariä Geburt, beobachtete ein Augenzeuge in einer Dorfkirche, wie die Kinder sich plötzlich in den Kleidern ihrer Eltern zu verstecken versuchten, wie kleine erschreckte Vögel. ‚Wie ich einem Nachbar in der Bank sagte, er ersticke ja das Kind, antwortete er mir: Sehen Sie nicht, dass die Lehrer in die Kirche gekommen sind; wenn mein Kleiner gesehen wird, wird er nachher geschlagen. Tatsächlich sah ich dann 3 Lehrer in der Kirche zirkulieren.'» (Bischofsbrief)

4. Stimulierung einer Nationalkirche

In der Note der jugoslawischen Regierung an den Vatikan vom 1. November 1952 bildet den Kernpunkt folgender Passus:

«Die Regierung der Volksrepublik Jugoslawien ist im Besitze untrüglicher Beweise, dass am Vorabend der Bischofskonferenz von Zagreb (22. bis 25. September) die Apostolische Nuntiatur Herrn Dr. Ujcic, Erzbischof von Beograd, der als Vorsitzender der Bischofskonferenz amtete, eine Botschaft des Staatssekretariates des Hl. Stuhles übergab, worin der Hoffnung Ausdruck verliehen wird, der jugoslawische Klerus möge in der Lage sein, die ‚grosse Gefahr' zu bekämpfen, die von seiten der Priestervereinigungen drohe. Die jugoslawische Regierung weiss ebenfalls, dass unter dem direkten Einfluss dieser Botschaft eine ‚Erklärung über die Priestervereinigungen' (‚Non licet') verlesen wurde, worin es heisst: ‚Es ist nicht erlaubt, solche Vereinigungen zu gründen, noch ihnen anzugehören.'

Die Regierung der Volksrepublik Jugoslawien ist der Ansicht, dass diese Botschaft eine neue unzulässige Einmischung des Hl. Stuhles darstellt, der... die Priester daran hindert, ihre fundamentalen Bürgerrechte zu geniessen... in der Absicht, die Bemühungen eines Teils des Klerus zu hintertreiben, die auf eine Normalisierung der Beziehungen zwischen der Kirche und den Volksbehörden abzielen.»

Um was es sich bei diesen Priestervereinigungen handelt, erfahren wir aus den Äusserungen des jugoslawischen Aussenministers Kardelj zum Schlusse seiner Rede, die er am 18. Dezember 1952 hielt.

«Ich möchte zum Schlusse noch eine Tatsache hervorheben. Die Mehrheit der unteren katholischen Geistlichkeit fand diesen ‚Modus vivendi' praktisch bereits und ist bemüht, ihn zu verwirklichen. Wenn Sie auf diesem Wege nicht vom Vatikan gehindert würde, hätte sie diesen ‚Modus vivendi' bereits seit langem verwirklicht. Es ist notwendig, zu betonen, dass ein grosser Teil der katholischen Geistlichkeit bereit ist, loyal mit der Volksmacht zusammenzuarbeiten und dass das patriotische Verantwortungsgefühl dem eigenen Lande gegenüber in ihm lebt. Dies bestätigt allein schon die Tatsache, dass in den Standesvereinigungen der Geistlichen die Mehrzahl der katholischen Geistlichkeit Mitglied ist. In der Vereinigung ‚Heiliger Cyrill und Methodius' in der Volksrepublik Slowenien sind etwa 60% der Geistlichen dieser Republik Mitglieder. Die Vereinigung der katholischen Geistlichen in Istrien erfasst fast alle Geistlichen dieses Gebietes. In der Vereinigung der katholischen Geistlichen Bosniens

und der Herzegowina ‚Guter Pfarrer' sind mehr als 80% der Geistlichen dieser Republik Mitglieder. In der Volksrepublik Kroatien wurde erst in diesem Jahre an die Bildung ähnlicher Standesvereine gegangen und bis jetzt wurden in 22 Bezirken der Volksrepublik Kroatien Initiativausschüsse gebildet.

Es ist nicht zufällig, dass der Vatikan gegen solche Standesvereinigungen der Geistlichen eine besessene Hetze führt. Er verbot sie formell, obwohl er sie in einigen andern Ländern des Westens toleriert und erlaubt und exkommunizierte mehrere Geistliche dieser Vereinigung nur deswegen, weil diese auf die Notwendigkeit der Existenz einer solchen Vereinigung hinwiesen. Diese Tatsachen zeigen klarer als irgend etwas anderes, wie sehr der Vatikan die Regelung der Beziehungen zwischen Kirche und Staat fürchtet und wieviel Gewalt er anwenden muss, um in der katholischen Geistlichkeit die Stimme der Vernunft und des patriotischen Gewissens zu ersticken. Diese Tatsache spricht jedoch gleichzeitig auch davon, dass die Regelung der Beziehungen zwischen der katholischen Kirche und dem Staat möglich ist und dass der Abbruch der Beziehungen mit dem Vatikan u. a. auch deshalb notwendig war, damit die Bemühungen zur Regelung dieser Beziehungen erleichtert werden und zu einem zufriedenstellenden Ergebnis führen.»

In der Stellungnahme des Vatikans gegenüber den volksdemokratischen Priestervereinigungen heisst es, dieses Problem müsse in die allgemeine religiöse Lage in Jugoslawien hineingestellt werden.

«Es ist allgemein bekannt, dass die zivilen Behörden diesen Priestervereinigungen zu Gevatter standen. Zahlreiche Priester wurden und werden heute noch durch Einschüchterungen, Bedrohung, Versprechen auf freiere Amtsausübung zum Beitritt gezwungen. Man legt ihnen auch den Köder mit wirtschaftlicher Besserstellung hin. Verschiedene Priester werden in ihrer Amtsführung nur deswegen behindert, weil sie Nichtmitglied sind, andere konnten ihre Pfarrei nicht antreten und dann dort nicht verbleiben. In diesen genannten Vereinigungen üben vor allem solche Priester (auf Weisung von aussen her) einen Einfluss aus, die mit dem göttlichen Gesetz oder der kirchlichen Disziplin nicht in Ordnung sind, weshalb sie den vom kanonischen Recht vorgesehenen Sanktionen verfielen.

Die Polizei wohnt den Versammlungen bei, in die auch politische Persönlichkeiten eingreifen. Man hält dabei Reden, die in aller Öffentlichkeit die Bischöfe und die Kirche tadeln. Mit der ‚Volksfront' bestand und besteht auch heute noch eine enge Zusammenarbeit, über die die Einigung mit der kommunistischen Partei und heute mit der Vereinigung der Kommunisten erfolgt.

Dieser Zustand musste natürlicherweise die Bischöfe beschäftigen, besonders da diese Vereine die kirchliche Disziplin schwer stören und Gefahr zur Spaltung zwischen Klerus und Hierarchie bieten. Diese Befürchtungen der Bischöfe sind schon deswegen gerechtfertigt, da die Statuten dieser Vereine nicht genügen, den Respekt und die Abhängigkeit von der bischöflichen Autorität festzuhalten. Die Pflichten, die die Priester an die Bischöfe und die Bischöfe und Priester an den Hl. Stuhl binden, sind übrigens der ganzen Welt durch den Codex juris canonici bekannt.» (Vatikan-Note)

Die Angaben Kardelj's über die Teilnahme katholischer Priester an den staatlich geförderten Vereinigungen dürften stimmen. Von gut unterrichteter Belgrader Seite hören wir, in Kroatien seien ca. 50, in Slowenien sogar ca. 600 Priester (in Slowenien mehr als die Hälfte!) Mitglieder von volksdemokratischen Priestervereinigungen. Der Zweck, den das Regime mit diesen Priestervereinigungen verfolgt, ist eindeutig: Er will die kirchlichen Verhältnisse leichter beeinflussen, indem er einen Keil treibt zwischen den niederen Klerus und die Bischöfe und auf eine nationale Absonderung der jugoslawischen katholischen Kirche von Rom hinarbeitet. Er will auch mit der katholischen Kirche so leichtes Spiel haben, wie mit der orthodoxen Kirche Serbiens oder der muselmanischen Religionsgemeinschaft.

Was weiter?

Im Zusammenhang mit der politischen Entwicklung ergibt sich nach den angegebenen Dokumenten über die katholische kirchliche Lage und die religiöse Lage im allgemeinen in Jugoslawien folgende Feststellung:

Der Bruch der Kominform bzw. Moskaus mit Jugoslawien im Sommer 1948 war ein Bruch mit der Titoclique. Moskau rechnete, die Titoclique würde unterliegen und von der kommunistischen Hauptbewegung in Jugoslawien liquidiert werden. Tito unterlag jedoch nicht, sondern setzte sich Moskau zum Trotz durch. Ein ganzes Jahr verhielt er sich still, wohl in der Hoffnung, Moskau werde ihm schliesslich entgegenkommen und eine neue kominformistische Zusammenarbeit ermöglichen. Als Moskau dazu keine Miene machte und die Lage des isolierten kommunistischen Jugoslawien heikel wurde, suchte Tito 1949 den Anschluss an die wirtschaftlichen und finanziellen Quellen des Westens, vor allem Englands und Amerikas. Diese Notlage zwang den Kommunisten Tito, mit dem antireligiösen Vorgehen vorsichtiger zu sein und es so weit zu dämpfen, dass es kein Hindernis wurde, die erwünschte und dringend nötige Hilfe vom Westen zu erhalten. Erzbischof Stepinac wurde im Zuge dieser Taktik aus dem Kerker entlassen und ihm ein Zwangsaufenthalt angewiesen. Die Kirche hatte es wieder ruhiger.

Dieser Zustand dauerte etwa zwei Jahre. Mit der Zeit merkten Tito und sein Regime, dass eine sorgfältige Rücksichtnahme auf die Westmächte in Sachen der Kirchenpolitik gar nicht nötig ist. Aus diesem Grunde erfolgte seit Ende 1951, aus der reinen kommunistischen Haltung heraus, ein schärferes Anziehen des antireligiösen Vorgehens. Vor allem wurde der indirekte Kampf, der es auf eine Loslösung der katholischen Kirche von Rom und damit auf deren Schwächung abgesehen hatte, mit zielstrebiger Taktik in Angriff genommen. Damit war aber auch die Gefahr eines Konfliktes mit dem Vatikan gegeben. Wie die tatsächlichen Ereignisse im Dezember 1952 zeigten, hat es Tito auf einen Bruch mit dem Vatikan ankommen lassen.

Anfang Januar 1953 hat Tito, wie wir aus der offiziellen jugoslawischen Nachrichten-Agentur wissen, sieben jugoslawische Bischöfe zu sich nach Belgrad zitiert, um mit ihnen einen «Modus vivendi» zwischen jugoslawischem Staat und katholischer Kirche in Jugoslawien in die Wege zu leiten. So weit stehen die Dinge bis zur Stunde.

Die Presse meldete kürzlich, Mosche Pijade, der massgebende kommunistische Theoretiker in Jugoslawien, habe in einer Rede betreffend den Kirchenkonflikt ausgeführt:

«Die katholische Kirche hat den Krieg gewollt. Gut, sie soll den Krieg haben. Sie wird bald spüren, dass wir es sind, die die Peitsche in der Hand haben. Haben wir vorläufig ein wenig Geduld. Seien wir in unserer Taktik klug: Es ist nämlich zuerst notwendig, dass wir die öffentliche Meinung davon überzeugen, wir wünschten der katholischen Kirche gegenüber eine Politik der Duldung und der Grosszügigkeit einzuschlagen.«

K. St.

«Den Koffer oder den Sarg»

(Bericht über Französisch-Nordafrika)

Die Krise in Französisch-Nordafrika dauert an. Die UNO hat Frankreich nicht formell verurteilt: sie hat ihm einen Aufschub gewährt, eine Frist für direkte Verhandlungen mit dem Bey von Tunis und dem Sultan von Marokko.

In Casablanca ist die Ordnung wiederhergestellt. In Tunis stabilisiert sich die Lage: Terror und Gegenterror halten sich die Waage und füllen nur noch die Kurznachrichten in unseren Zeitungen. Algerien wartet ab. Aber alle drei: Marokko, Tunis und Algerien schauen aus nach Osten – nicht nach Westen! Die Krise dauert an: werden politische Verhandlungen, diplomatische Gespräche sie lösen können? – Zuviel Blut ist schon geflossen.

1. Die Haltung der Eingeborenen

Vergeblich wird man versuchen, diese Krise in den Rahmen einer Differenz zwischen französischer Besatzungsmacht und besetzten Eingeborenen zu spannen. Das Urteil über die französische Kolonialpolitik bedeutet das Urteil über den Westen. Seit die nordafrikanischen Nationalisten den Franzosen zurufen: Wählt den Koffer oder den Sarg, entweder ihr verlasst das Land oder ihr werdet getötet, wenden sie sich damit gegen die «Roumis», gegen das Ausland, gegen Europa; und wir können – wenigstens in betreff der fanatischen Muselmanen – hinzufügen, gegen «die Christen».

Schon im November 1944 schrieb Ferhat Abbas, der Urheber des «Manifestes Algeriens» und der Chef einer Autonomistenbewegung, die man als durchaus gemässigt bezeichnen kann, mit dem Titel: «Ich klage Europa an», folgende Sätze, die ein ganzes Programm enthalten:

«Seit sechs Jahrhunderten weist die Geschichte Europas eine nicht abreissende Kette von internationalen Stürmen und Kämpfen, von Rassenhass und schmutzigem Egoismus auf. Mit seiner blutigen Tatze hat der Nationalismus der europäischen Völker eine trotz allem glänzende Zivilisation befleckt, die zu Besserem befähigt gewesen wäre.

Zur Dauereinrichtung geworden, hat der ‚Eingeweidekrieg' in Europa hintereinander Österreicher gegen Franzosen, Deutsche gegen Russen und Engländer gekehrt. Jedes Volk hatte seine Stunde, in der es seine Interessen mit der Spitze des Schwertes verteidigte und den ganzen Kontinent in ein riesiges Beinhaus verwandelte. Seit Jahrhunderten ist es nun so, dass mit schicksalhafter Regelmässigkeit Europa alle 25 Jahre sein ‚Blutbad' nimmt.

Europa mag seine sämtlichen Kolonien in Gefängnisse und in riesige Konzentrationslager verwandeln, es wird damit nicht verhindern, dass der Mensch der Kolonien kämpft für sein Recht auf das Leben, für sein Glück und seine Freiheit...

Europa hat bis heute von seiner Allmacht einen schlechten Gebrauch gemacht, es hat seine Sendung verfehlt. Wird es morgen seine nationalen Vorurteile und seine Egoismen zu zügeln vermögen, so dass es für das friedliche Aufstreben der Menschen kein Hindernis mehr bildet?»

Ferhat Abbas – er ist, wie gesagt, ein Gemässigter – fügte hinzu:

«Gewiss, wir verdanken Europa viel. Wir verdanken ihm unsere politische Erziehung und unsere Art, zu reagieren. Wir verdanken ihm vor allem... die positive Kenntnis der empirischen Methoden. Die experimentelle Methode hat die Ketten des Menschen zerbrochen und dazu geführt, die Feudalherrschaft und die absolute Monarchie ihrer Grundlagen zu berauben.

Zur gleichen Zeit jedoch verwirrte diese Wissenschaft die europäische Wirtschaft und bereitete den Weg für die kapitalistische ‚Konzentration' und den Aufschwung der Technik. Diese Konzentration und dieser Aufschwung haben sodann die Kolonialherrschaft gezeugt.»

Seine Schlussfolgerung wirft ein bedeutsames Licht auf die Illusionen, denen sich damals, mitten im Kriege, die nordafrikanischen Führer des Nationalismus hingaben. F. Abbas sagt:

«Wenn diese Sprache der Mehrheit unserer Kolonisten missfällt, so mögen sie zur Kenntnis nehmen, dass dies die offizielle Sprache der Vereinten Nationen ist.

Reden wir nicht von der grossen russischen Demokratie noch von der Parole Lenins, die sagt: ein Volk, das ein anderes unterdrückt, kann kein freies Volk sein. Reden wir nicht davon, dass in der UdSSR auch die letzte Spur des Kolonialismus verschwunden ist, erinnern wir uns vielmehr nur an die Worte M. Summer Welles, des Unterstaatssekretärs der Vereinigten Staaten, die er im Namen der Vereinten Nationen sprach:

«Unser Sieg muss die Befreiung aller Völker mit sich bringen. Unterschiede auf Grund der Rasse, Farbe, Religion müssen unter den Menschen abgeschafft werden. Wie die zivilisierte Welt schon seit langem jedem Einzelmenschen das Recht auf persönliche Freiheit zuspricht, so muss auch das Recht eines jeden Volkes auf Freiheit anerkannt werden. Die Grundsätze der Atlantikcharta müssen auf der ganzen Welt und als ein Ganzes garantiert werden, auf allen Ozeanen und auf allen Kontinenten!»

Wir haben diese langen Auszüge hierher gesetzt, weil F. Abbas als einer der Wortführer der nordafrikanischen Nationalisten angesehen werden muss und weil die hier zutage tretenden ideologischen Grundhaltungen sich bis heute nicht geändert haben. Roosevelt und Stalin gegen die Kolonialmächte, das heisst: gegen die Mächte Europas! Ein Traum von kurzer Dauer: der kalte Krieg in Deutschland forderte eine Stellungnahme. Und wie die Arabische Liga durch innere Rivalitäten in sich selbst uneins zu keiner Entscheidung kam, so mussten sich auch die Führer der nordafrikanischen Nationalisten, anstelle einer grossen Offensive zur Gewinnung der Freiheit ihrer Länder, auf eine Unterminierarbeit beschränken gegen die Macht, die juridisch ihre «Schutzmacht» heisst.

Die Ansprüche aller drei Länder sind dieselben: das Néo-Destour in Tunis, das Istiklal in Marokko, die algerische Volkspartei in Algerien; jede dieser Parteien erstrebt die Unabhängigkeit ihres Landes. Manche nationalistische Bewegungen, wie z. B. die genannte des algerischen Manifestes, befürworten die Autonomie. Aber ihre Führer geben offen zu, dass diese Autonomie nicht ihr Ziel ist; sie bedeutet in ihren Augen nur den kürzesten Weg und das wirksamste Mittel, um die totale Unabhängigkeit zu erlangen.

Die Uneinigkeit der Eingeborenen

Trotz grösster Anstrengungen ist es Abd el Krim von seinem Zufluchtsort in Kairo aus nicht gelungen, eine gemeinsame Aktionsfront auf die Füsse zu bringen. Es gibt zwar in London ein «Komitee zur Befreiung Nord-Afrikas». Aber diesem Komitee gelang es nur, bis zur Evidenz das Auseinanderklaffen der Interessen in den verschiedenen Ländern sichtbar zu machen. Die Einheimischen wollen alle die Unabhängigkeit, aber über die Mittel, wie diese zu erlangen sei, sind sie nicht einig. Noch sind die Franzosen im Land, und schon flakkern die ersten Anzeichen des Bürgerkrieges auf. Tunis liefert dafür ein schlagendes Beispiel: Die Franzosen verbannten die Häupter des bürgerlichen Néo-Destour. Das Verschwinden dieser von der politischen Öffentlichkeit erlaubte es Ferhat Hached, dem Chef der tunesischen Gewerkschaften, seinen Einfluss beträchtlich zu erhöhen, ja sich als den grossen Führer des Befreiungskampfes aufzuspielen. Das soziale Programm Ferhat Hacheds – z. B. die Agrarreform – konnte aber den reichen Bourgeois des Néo-Destour nur missfallen. Diese sind Grundeigentümer und grosse Kaufleute, die zwar auch die Franzosen zu vertreiben wünschen, aber an der feudalen Struktur des Landes nichts geändert wissen wollen. Die Entstehung und das Anwachsen eines einheimischen Proletariats – das in Tunis und allmählich auch in Marokko gut organisiert ist – beunruhigt sie auf das höchste.

Ferhat Hached wurde ermordet und man wird vermutlich nie erfahren, wer die Urheber dieses Anschlages waren. Sein Verschwinden passt gar vielen ins Konzept!

2. Die Haltung der Franzosen

Den Eingeborenen Nordafrikas gegenüber stehen die Franzosen. Bei ihnen gilt es von vorneherein zwei Gruppen zu unterscheiden: die Franzosen der Metropole und die in Marokko, Tunis und Algerien wohnenden oder dort geborenen Franzosen. Die Art, wie diese beiden Gruppen auf verschiedene Fragen reagieren, geht häufig weit auseinander. Die Franzosen in Frankreich – «Les Français de France» nennt man sie in Afrika – sind zu grosszügigen Reformen bereit, um – wie die Erklärungen der Konferenz von Brazzaville, Februar 1944 sagten – die eingeborene Bevölkerung «Stufe um Stufe» den politischen Freiheiten zuzuführen. Seit 1944 wurden in Paris eine ganze Reihe von Reformplänen ausgearbeitet, deren Ausführung jedoch nie über das Anfangsstadium hinauskam. Diese Misserfolge sind dem wütenden Widerstand zuzuschreiben, den die Kolonisatoren Nordafrikas allen derartigen Reformen entgegensetzen.

Afrikas Franzosen – und Europäer haben Angst.

Aus Angst ziehen sie die Politik Malans in Südafrika einer Reformpolitik vor.

Die Bevölkerungszahlen sind folgende:

Algerien 9 000 000 Eingeborene auf 980 000 Europäer
Tunis 3 500 000 Eingeborene auf 250 000 Europäer
Marokko 8 800 000 Eingeborene auf 350 000 Europäer

Das bedeutet für Algerien, dass die Eingeborenenbevölkerung sich in 50 Jahren verdoppelt hat.

Dieses Wachstum bedroht die privilegierte Lage der Europäer. Frankreich hat Spitäler, Armenapotheken und Schulen gebaut. Die Eingeborenenfamilie gesundete immer mehr, die Kindersterblichkeit sank ständig, Hunderttausende junger Eingeborener lernen Französisch und werden mit der modernen Technik vertraut.

Aber in einigen Jahren wird das entscheidende Problem akut: kann der Arbeitsmarkt die hunderttausende junger Leute aufsaugen in diesem Land, in dem die Industrialisierung noch in den Kinderschuhen steckt wie in Marokko, oder praktisch überhaupt nicht vorhanden ist, wie in Algerien? Wird «Zivilisierung» gleichbedeutend sein mit Proletarisierung? Umfassende Strukturreformen sind also erforderlich. Die Investierungen verändern langsam das Antlitz Nord-Afrikas. Aber angesichts dieser ersten Verwirklichungen – vor allem Bergwerken und Industrieanlagen – schreien bereits die Nationalisten: «Das alles gehört uns!» Und die Europäer denken sogleich an Abadan! So bleibt jeder auf seinem Standpunkt, den er verewigen möchte.

Ein neues Nationalbewusstsein

«Wir werden nicht gehen, wir werden unsere Koffer nicht packen», haben die Europäer Nord-Afrikas beschlossen. Den zerstreuten und zusammenhanglosen Versuchen der Eingeborenen stellen sie eine einheitliche und entschlossene Front entgegen. Denn in Nord-Afrika hat sich der Rasseninstinkt weit stärker gezeigt als das Klassenbewusstsein. Der italienische Maurer Tunesiens, der spanische Handwerker Orans, der kleine französische Kaufmann Marokkos, fühlen sich solidarisch mit dem kolonialen Grossgrundbesitzer, der Tausende von Hektaren sein eigen nennt. Die Kommunistische Partei versuchte seit 1943 arabisch-europäisch gemischte Zellen aufzubauen. Sie steht heute in dieser Hinsicht vor einem Misserfolg. Mit seltenen Ausnahmen – und dann handelte es sich meist um Franzosen aus der Metropole – hat das Klassenbewusstsein niemals gespielt: der «Weisse» fraternisiert nicht mit «dem Bruder Muselman».

Viel eher bildete sich eine Art «National»-Bewusstsein heraus. Der in Algerien, Tunis oder Marokko geborene Franzose fühlt zuerst algerisch, tunesisch oder marokkanisch, bevor er sich als Franzose empfindet. Alle von Paris empfohlenen Reformvorschläge werden in diesen Kreisen mit Spott, manchmal auch mit Ablehnung aufgenommen: «Wie kommen diese ‚Frankaouis', die nichts von den Eingeborenen verstehen, dazu, sich hier einzumischen?»

Die Franzosen Nord-Afrikas fühlen verschwommen, dass sich der bisherige Zustand nicht unbegrenzt hinausziehen lassen wird. Aber sie weigern sich, das anzuerkennen, gleich als ob das Bewusstwerden der neuen, aus dem letzten Krieg entstandenen Lage die latente Gefahr noch vergrössern würde, die ihre Privilegien und Positionen bedroht. Sie weigern sich gleicherweise, anzuerkennen, dass die Eingeborenen ein neues Se bstbewusstsein gewonnen haben und sich überdies ihrer Zugehörigkeit zu einem religiösen Block, der vom äussersten Orient bis zu den Küsten des Atlantik reicht, bewusst geworden sind. Für sie gibt es keine Unabhängigkeit Indiens, keine Gründung Palästinas, keine Arabische Liga; sie schauen unverwandt auf die «gute alte Zeit» von 1930, wo es keine Probleme gab.

Die «amerikanische Invasion» Marokkos wurde mit scheelen Blicken zur Kenntnis genommen. Sie zeigte den Franzosen ihre eigene Schwäche und wurde von ihnen als ein zusätzliches störendes Element empfunden.

Eurafrika?

Der Ausdruck «Eurafrika» taucht in den europäischen Kreisen von Maghreb auf. Man nimmt ihn mit Reserve auf und die Ansichten sind geteilt, wenn auch nicht von vornherein ablehnend. Nach Ansicht der einen könnten dadurch die Positionen der Europäer gestärkt werden; andere aber stellen sich die Frage: könnte dadurch nicht der feste Block der europäischen Kolonie in Nord-Afrika gesprengt werden? Im allgemeinen lässt sich sagen: Man begrüsst die Idee Eurafrikas in dem Mass, als diese Idee von den eingeborenen Nationalisten bekämpft wird. «Euer Eurafrika», sagte mir letztes Jahr ein intelligenter Muselman, «bedeutet nur ein Umfassungsmanöver: der französische Kolonialismus weiss, dass er ausgespielt hat und deshalb versucht er sein Leben zu verlängern, indem er an die Stelle der heutigen nationalen Form des Kolonialismus eine europäische setzt. Gerade das können wir aber nicht zulassen: wir werden jeden Vorrang des weissen Kolonisators bekämpfen, mag er Franzose oder Europäer sein. Eure neue Etiquette wird nur – wenn das überhaupt möglich ist – eine noch schlechtere Ware verbergen. Bevor ihr uns von Eurafrika sprecht, beginnt doch, wenn ihr dazu fähig seid, Europa zu machen.» Alles, was die politischen Positionen der nationalistischen Mohammedaner gefährdet, wird automatisch zum Bundesgenossen der europäischen Kolonie.

3. Gibt es noch einen Ausweg?

Weiter fliesst das Blut. Die Ruhe, die augenblicklich herrscht, gleicht der Stille vor dem Sturm. Die Formel von der «Union Française» und den ihr verbündeten Staaten, durch die man gleich nach dem Krieg das «Empire français» zu ersetzen versuchte, genügt heute nicht mehr. Die Lösung des Problems Nord-Afrika muss zugleich dem afrikanischen Kontinent wie auch dem europäischen Kontinent gerecht werden. Dabei geht es nicht darum, den französischen Kolonialismus durch einen europäischen zu ersetzen; sondern – solange es noch Zeit ist – ein *föderalistisches* Bündnis zu schaffen. Dies allein würde es möglich machen, den lokalen Behörden wirkliche Vollmachten zu übertragen, an die Stelle der heute fehlenden Rassengemeinschaft eine Kulturgemeinschaft zu setzen mit einheitlicher Militärmacht, mit einer harmonischen Aussenpolitik und mit starken wirtschaftlichen Bindungen. Freilich kann diese Lösung nur dann zur Anwendung kommen, wenn zuvor wenigstens der Ansatz zu einer europäischen Föderation gegeben ist.

In diesem Augenblick kommen drei Arten der Integration in Frage, die Professor de La Far, ein Spezialist in Afrikafragen, so formuliert: «Entweder bringt jedes ‚Besitzerland' dem geeinten Europa seine überseeischen Gebiete als Gabe ein – ohne Rücksicht auf eine Union –, so dass diese Gebiete ungeteiltes Eigentum Europas würden. Oder aber diese Gebiete, die grossenteils in Afrika liegen, schliessen sich zuerst selbst zusammen und bilden die Vereinigten Staaten Afrikas, die sich sodann – unabhängig von ihren bisherigen Metropolen – Europa anschliessen. So ergäbe sich ein geeintes Eurafrika.

Oder endlich jede bereits bisher vorhandene Föderation: das Commonwealth, die Union Française, die verbündeten niederländischen Staaten, das portugiesische Empire, Belgien und Kongo zusammen würden je als ein homogenes Ganzes der gemeinsamen europäischen Organisation beitreten.»

Die verantwortlichen Männer der Union Française in Paris, die sich der sich vollziehenden Umwälzung bewusst sind, neigen mehr und mehr der letzten dieser drei Lösungen zu. Der Weg wird ohne Zweifel ein langer sein, sie glauben aber, dass es noch nicht zu spät sei, um den blutigen Bruch zwischen Afrika und Europa zu vermeiden.

A. Wyss-Verdier

Ex urbe et orbe

Wozu verteidigen wir den Westen?

Vor einigen Tagen hielt der namhafte Journalist Friedrich Sieburg in Heidelberg einen Vortrag über die «geistige Situation der Zeit». In ihm bezeichnete er als vorwiegenden Grund der offenbaren Sterilität und Langeweile der westdeutschen Durchschnittspresse die Frontverhärtungen, die kein «Gespräch der Feinde» überbrücke: kein «Westler» dürfe den Osten loben; kein Kommunist werde an Amerika etwas Gutes finden dürfen; so komme es nie zu einer echten, freien Diskussion in der Presse. Dazu bemerkte ein Diskussionsredner: der Streit um die «Synchronoptische Weltgeschichte» des Ehepaares Peters (erschienen im September/Oktober 1952 im Universumverlag Frankfurt a. M.; Preis DM 24.–, Auflagenhöhe 50 000 Exemplare) scheine doch wohl Sieburgs Skepsis zu widerlegen. Worum handelt es sich bei dieser Weltgeschichte?

Ein grosser Wurf...

Das Werk ist eine Weltgeschichte in Tabellenform, ein stattlicher Band in achtfarbigem Offsetdruck, Grossformat, der auf der Frankfurter Buchmesse allein durch seine Aufmachung berechtigtes Aufsehen erregte. Es präsentiert sich in seiner Übersichtlichkeit sofort als das Handbuch für Lehrer und Schulen. Jedem Jahr von 1000 v. Chr. bis 1951 ist in senkrechten (5 mm breiten) Spalten der gleiche Raum gegeben, sodass die neueren Zeiten in der Raumverteilung nicht überbetont werden können. Die Blätter können nach Art eines Leporello-Albums ausgefaltet werden, so dass der Leser jeweils 200 Jahre mit einem Blick zu überschauen vermag. Das obere und das untere Viertel der Blätter nehmen – in die Jahresspalten eingedruckt – Einzelereignisse der politischen und sozialen, bzw. der allgemeinen Kultur- und Wirtschaftsgeschichte ein. Im Mittelstück stehen quer übereinander 25 «Personenbänder», d. h. zweizeilig bedruckte farbige Streifen, die im Geburtsjahr einer Person beginnen, in deren Todesjahr enden. Die zeitgenössischen Gleichzeitigkeitsverhältnisse werden so graphisch vortrefflich dargestellt. Wie viele mögen sich schon an solchen Tafeln versucht haben! Hier scheint wirklich erstmals eine relativ befriedigende tabellarische Übersicht gelungen zu sein, und die Farben helfen dem suchenden Auge noch zusätzlich: ein violettes Personenband bezeichnet eine Gestalt der Kirchengeschichte, ein hellrotes eine der profanen politischen Geschichte, ein hellblaues einen Dichter oder Philosophen.

Bedenklich stimmt nur auf den ersten Blick, dass die notwendige Raumbeschränkung zu einer Auswahl zwingt: Wem widerfährt die Ehre, eines der 25 Personenbänder zu erhalten; welche Ereignisse werden in den sehr schmalen verfügbaren Raum für politische, kulturelle, wirtschaftliche Fakten in jedem Jahr «ausgewählt». Eine gewisse subjektive Note scheint unvermeidlich. Die Verfasser versichern im Vorwort: «Keine Deutung und Wertung wird erstrebt. Die Tatsachen sprechen für sich... Die aufbauenden Kräfte der Weltgeschichte sind mit gleicher Gründlichkeit behandelt wie die zerstörerischen Mächte.» Man fragt sich, wie das ohne Deutung und Wertung möglich sein soll.

Um so wichtiger erscheint es daher, sich die Reihe der Mitarbeiter, beziehungsweise Begutachter anzusehen. Hier finden wir nun zahlreiche Namen von Professoren und Doktoren jeglicher Richtung von rechts nach links bis zu rein kommunistischen, von katholischen bis zu völlig Ungläubigen. Als Begutachter erscheinen erste Autoritäten wie Prof. Emil Dovifat, Prof. Dr. Friedrich Meinecke, Prof. Dr. Franz Schnabel neben Kommunisten wie Dr. Paul Oestreich und Prof. Ludwig Renn. Sollte es möglich sein, ein Werk zu schaffen, das diese alle befriedigt, also gleichsam den Osten und Westen friedlich vereinigt? Man wird auf das Höchste gespannt.

...mit bedenklichem Inhalt

Leider weicht diese Spannung alsbald, wenn man nun dem Text sich zuwendet: Am Anfang steht eine Tabelle, welche «die wichtigsten Ereignisse der Vorzeit in grossen Zügen nach dem neuesten Stand der noch sehr lückenhaften Forschung aufzeichnet.» Da heisst es z.B.:

«4 Millionen Jahre sind etwa vergangen, seit ein affenähnliches Lebewesen sich dadurch über alle anderen Geschöpfe erhob, dass es aufrecht ging und so die beiden Glieder, die es nicht mehr zur Fortbewegung brauchte, zum Existenzkampf und zur Nahrungssuche entwickeln konnte... 200 000 Jahre sind ungefähr verflossen, seit die ersten Lebewesen eine so hohe Entwicklungsstufe erreicht hatten, dass wir sie als Menschen bezeichnen können... Vor allem entwickelten sie zum aufrechten Gang die zweite menschliche Eigenschaft: die artikulierte Sprache... 20 000 Jahre sind etwa vergangen, seit die ersten echten Menschen (homo sapiens) unseren Planeten zu bevölkern begannen... sie hatten zum aufrechten Gang und zur artikulierten Sprache die Fähigkeit des vernunftgemässen Denkens entwickelt.» 4000 Jahre v. Chr. «vereinigte sich eine grössere Anzahl von Menschen, um gemeinsame Werke zu vollbringen»... 2300 v. Chr.: «Erster Höhepunkt der Bürokratie... das einfache Volk wird verachtet.» 2200 v. Chr.: «Erste grosse soziale Revolution» (in Ägypten). «König und Beamte werden abgesetzt. Vorrechte und Standesunterschiede beseitigt, die Besitzverhältnisse neu geregelt. Der Führer dieser Bewegung dehnt aber Menschenliebe und Gleichheitsgedanken auch auf die einstigen Bedrücker aus und so erliegt die Revolution nach dreissig Jahren dem wiedererstarkten Adel und Beamtentum. Damit scheitert der erste Versuch einer Ordnung, in der Arbeiter und Bauern sich selbst regieren und allein die Früchte ihres Fleisses ernten.» 1375 v. Chr.: «Begründung einer dogmenfreien Religion. Der Ägypter Echnaton, Gatte der Nofretete, sucht priesterliche Götzenverehrung und religiöse Spekulation durch die Lehre von einer einzigen, allgegenwärtigen Gottesmacht zu überwinden... Obwohl sich seine Lehre vom unmittelbaren Gotteserlebnis nicht gegen die Priesterschaft durchsetzte, wurde der Monotheismus Grundlage der Weltreligionen und der Kampf um Befreiung vom Dogma hörte nie mehr auf.» – 1225 v. Chr.: «Begründung der jüdischen Religion durch Moses... Lehrte den Bund seines Volkes mit Gott und legte damit den Grund zum Bewusstsein der göttlichen Auserwähltheit eines Volkes, das später die Weltmachtsansprüche der Juden und vieler anderer Völker rechtfertigen sollte.»

Diese erste Seite sollte eigentlich genügen, um nicht nur jedem Christen zu zeigen, dass dieses Buch einen religiös recht primitiven Geist atmet; auch jeder Gelehrte wird zugeben, dass hier eine fragliche «Wissenschaft» vorgetragen wird. Jeder Soziologe wird über die Einseitigkeit und Tendenz der Darstellung sich verwundern; jeder Anthropologe über die Selbstsicherheit des hier vertretenen Darwinismus ein wenig erstaunt sein.

Es kommt aber noch besser. Greifen wir einige Beispiele heraus:

Der Christ sucht sich natürlich zuerst das Jahr 1, um zu sehen, was die Weltgeschichte hier an violetten (religiösen) Personenbändern aufweist und wirklich, es sind deren 8. An der Spitze steht «Judas Ischariot, jüdischer Freiheitskämpfer. Schloss sich Jesus an und suchte vergeblich, ihn zur revolutionären Tat zu veranlassen. Verriet Jesus an die Priester. Gab das ‚Jüngergeheimnis' preis, dass Jesus sich als Sohn Gottes bezeichnete, und ermöglichte so die Verurteilung wegen Gotteslästerung. Tötete sich aus Kummer über Jesu Tod.» Das nennt man historische Forschung! Die Angaben über «Matthäus, jüdischer Missionar und Apostel», schliessen mit den Worten: «...lehrte die Empfängnis Marias durch den Hl. Geist und erklärte, dass ein Engel die Bedenken Josephs gegenüber der Maria zerstreute.» Man frägt sich, ob die Autoren wirklich der Meinung sind, damit die wesentliche Bedeutung des Matthäusevangeliums gekennzeichnet zu haben. Von Jesus Christus: «Religionsstifter aus Palästina. Verkündete das Reich Gottes und die Gleichheit aller Menschen vor dem liebenden und verzeihenden Gott. Forderte Nächstenliebe und sittliche Lebensführung sowie Abkehr von Besitz und Kirchenfrömmigkeit. Bezeichnete sich als Sohn Gottes. Hingerichtet.» Das ist alles. Das kurze Band (33 × 5 mm) erlaubt nicht mehr. Aber für das kleine Dreieckzeichen, das besagt, auch dieses Wenige, merkwürdig ausgewählte, sei «historisch nicht völlig gesichert», ist noch Platz. Von Calvin lesen wir: «Schweizer Reformator französischer Herkunft. Stellte der katholischen Kirche zuerst eine geschlossene reformierte Kirchenlehre entgegen. Diese gipfelte im Dogma von der unbeschränkten Allmacht Gottes und der endgültigen Vorherbestimmung jedes Menschen zum Guten oder zum Bösen. Deutete Lebenserfolg als Zeichen göttlicher Auserwähltheit. Widmete sich erfolgreich der Reformation in der französischen Schweiz (Genf). Liess einen Gegner seiner Bewegung (Michael Servet) als Ketzer verbrennen.» Das ist wiederum alles und das Wichtigste, was die Autoren über Calvin zu sagen wissen. Nach Calvin, gestorben 1564, gab es keine «religiöse» Persönlichkeit mehr, die würdig befunden wurde, ein kostbares Personenband zu erhalten.

Die merkwürdige Akzentuierung des Sozialen wird dem Leser bereits aufgefallen sein. Sieht man näher zu, steigert sich das Erstaunen: Vom Liberalismus ist an keiner einzigen Stelle die Rede. Vom Sozialismus 41 mal. Vom Kommunismus laut Index an 109 Stellen. Dabei an den merkwürdigsten Orten: so heisst es zum Beispiel bei dem hl. Pachomius, der ein Personenband erlangt: «Pachomius, ägyptischer Mönch, gründete das erste christliche Kloster mit festen Regeln... Tausende von Christen fanden sich, von der Kirche enttäuscht, in diesen auf kommunistischer Grundlage aufgebauten Gemeinschaften zusammen.» «Freiheitskämpfer» werden 39 als Weltgeschichte machend angeführt und 30 erhalten ein Personenband. Darunter finden sich die sonderbarsten Namen, die man in jedem Lexikon vergeblich suchen wird, wie Axid, Masdak, Karmat. Dagegen erhält z. B. Ignatius von Loyola kein Personenband, aber die Gründung eines «Sozialstaates» in Paraguay durch die Jesuiten wird vermerkt und gleich an zwei Stellen heisst es: «Pascal verurteilt Jesuitenmoral». Vom Klassenkampf sprechen 313 Stellen. Stalin gab den Lehren von Marx und Engels «ihre für die Gegenwart gültige Ausprägung». Aber kein Wort ist zu lesen von Hungerrevolten, Schauprozessen, Konzentrationslagern in der Sowjetunion. Neben diesen primitiv tendenziösen Verzeichnungen stehen auch richtige Torheiten, wenn es z. B. unter Leo dem Grossen heisst: «Gegenüber der weltlichen Macht beugte er sich und anerkannte den Kaiser als unfehlbar in ‚Glaubensfragen', oder wenn man als Charakteristik für die gotische Kulturepoche liest: «...im tiefsten Zweifel an Kirche und Papsttum wendet sich die Sehnsucht der Menschen dem rein Göttlichen zu.»

Diese Kostproben mögen genügen. Sie zeigen, dass das Werk stellenweise: erstens von einer unglaublichen Primitivität, zweitens tendenziös, drittens der Kirche und dem Christentum abhold, viertens dem Kommunismus gewogen ist. Wir sagen «stellenweise», denn es gibt zahlreiche Personenbänder und Notizen in den einzelnen Jahren, die durchaus einwandfrei sind und deren Formulierung man als glücklich bezeichnen kann. Das Ganze stellt ein sonderbares Gemisch, einen schier ungeniessbaren «Eintopf» dar, in dem man Wissenschaft und Meinung von der Strasse, Tendenzmeldungen und seriöse Forschung, Religion und Religionshass, wertvolle Nahrung und Gift wild durcheinander gemischt hat. Schade, dass nun das Ganze verdorben und ungeniessbar ist; schade dass man es weder für Schulen noch für Erwachsene gebrauchen kann.

Wir müssen dies eigens hervorheben, da das Werk nun auch in der Schweiz eingeführt werden soll.

Ein beunruhigendes Symptom

Das Erstaunliche und Beunruhigende an der ganzen Sache ist nun nicht etwa, dass ein solches Werk erscheinen konnte – und im Westen erscheinen konnte. Beunruhigend ist vielmehr, dass es die Empfehlung erster Gelehrter in grosser Anzahl erlangte, dass die amerikanische Erziehungskommission von Hessen, die das Buch acht Tage lang in ihre «Testmühle» nahm, zu dem Urteil gelangte (15. Juni 1949): «Die ‚Synchronoptische Weltgeschichte' ist einzig in ihrer Art, sie ist das ausgezeichnete Ergebnis eines langwierigen Studiums und einer sorgfältigen Vorbereitung. Die neue Art der Darstellung führt zu unabhängigem Denken und einer objektiven Haltung gegenüber der Weltgeschichte im allgemeinen... Das Werk kann für den Gebrauch in den Schulen eindringlich empfohlen werden. Einwände: Keine. Änderungsvorschläge: Keine.»

Beunruhigend ist ferner, dass ein Gremium von hessischen «Historikern und Schulleuten», die das Manuskript «gründlich durchgehechelt haben», zu dem einstimmigen Beschluss kamen: die Regierung möge alles tun, um die Herausgabe der «Synchronoptischen Weltgeschichte» zu ermöglichen.

Beunruhigend ist, dass deutsche Kultursenate dieses Werk mit einer Summe von über 300 000 DM (teils in bar, teils in Materiallieferungen) und die amerikanische Hohe Kommission mit einer Summe von 55 000 DM finanzierten und durch Festbestellung von zusammen 25 000 Exemplaren ermöglichten.

Beunruhigend ist vor allem, dass die deutsche grosse Öffentlichkeit nach einer von der Presse entfesselten Kampagne, die nach der Herausgabe des Werkes gegen dieses «trojanische Pferd» des Kommunismus stattfand, und nachdem sich die meisten der «empfehlenden» Gelehrten nachträglich von dieser Weltgeschichte wieder distanziert hatten, sich doch wieder rasch beruhigte, dass es westdeutsche Professoren gab, die auch nach all diesen Enthüllungen sich «voll und ganz» hinter das Werk stellten.

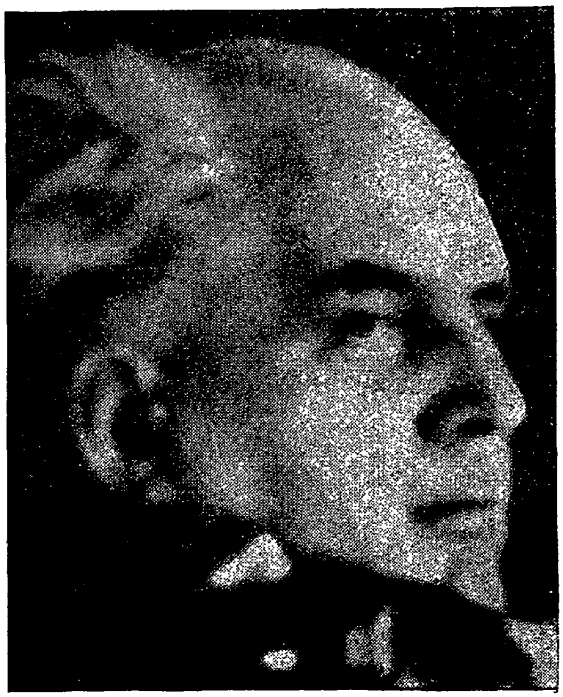
Wir finden all das beunruhigend: nicht weil wir der Überzeugung wären, es handle sich hier tatsächlich um eine vom Osten planmässig betriebene Infiltration des Westens. Trotz vieler Stellen mit ausgesprochen kommunistischer Tendenz und Sprechweise stehen dieser Ansicht doch auch wieder gewichtige Gründe gegenüber, so dass wir viel eher glauben, es handle sich hier um den naiven Versuch, ein Buch zu schreiben, das alle Richtungen umfasst, ja Osten und Westen in einen Topf wirft. Und gerade das ist das Beunruhigende! Oder vielmehr, dass ein solches Ragout vom Westen mit Beifall weithin aufgenommen und von verantwortlichen Stellen unterstützt wird. Gewiss, es gibt Gründe der Entschuldigung: Professoren haben wenig Zeit und – schlechte Augen; man kann von ihnen nicht verlangen, dass sie «mit einer Lupe» (wie einer zu seiner Rechtfertigung später schrieb) verstreuten kommunistischen Texten nachschnüffeln (bei einem so kleinen Druck!); Ministerien sind überlastet; Amerikaner tun sich im

Deutschen schwer. Trotzdem, es bleibt wie ein bitterer Geschmack die Frage übrig: Wofür verteidigen wir den Westen? Wir reden soviel vom Abendland, dessen Traditionen wir zu retten haben. Sind diese Traditionen noch lebendig? Das kommunistische Kontrollamt für Schrifttum in der deutschen Ostzone hat wegen der nichtkommunistischen Stellen das Werk Peters abgelehnt als keineswegs «linientreu»! Der Osten hat ein Ziel, für das er sich einsetzt. Aber der Westen? Ist sein Ideal das Chaos im Mantel der Freiheit? Wir rechnen so gern, um uns Mut zu machen, die Rohstoffe, das Waffenpotential, die möglichen Soldaten des Westens und des Ostens zusammen und sind dann glücklich und zufrieden, wenn diese Rechnung zugunsten der westlichen Welt ausfällt. Aber das alles ist doch ohne eine Seele, nur eine Vogelscheuche, die flattert im Wind – und dem Instinkt des Vogels wird diese «List» nicht allzu lange entgehen. M. G.

Die drei Strassburger «Versammlungen»

Ab 7. Januar tagten im Strassburger Europa-Haus hintereinander drei parlamentarische europäische «Versammlungen»: die «ad-hoc-Versammlung» (auch Sonderversammlung genannt), die «Gemeinsame Versammlung» (der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl) und die «Beratende Versammlung» (des Europarates). Soll sich nicht alles hoffnungslos verwirren, muss man sie klar auseinanderhalten. Folgendes Schema mag der überblickartigen Orientierung dienen.

	Beratende Versammlung	Gemeinsame Versammlung	ad-hoc-Versammlung
Gründung	5. 5. 1949: in London Unterzeichnung des Statuts des Europarates	25. 7. 1952: Inkrafttreten des Vertrages über die Errichtung der Montanunion	10. 9. 1952: Luxemburger Resolution des Ministerrates der Montanunion
Erste Sitzung	10. 8. 1949 Strassburg	10. 9. 1952 Strassburg	15. 9. 1952 Strassburg
Präsident	François de Menthon	Paul Henri Spaak	Paul Henri Spaak
Befugnisse	(Art. 22 des Statuts des Europarates) Beratendes Organ des Europarates. Diskutiert Fragen, die ihrer Kompetenz unterliegen. Richtet Empfehlungen an das Ministerkomitee	(Art. 24 des Vertrages über die Montanunion) Kontrolliert die Hohe Behörde. Lehnt sie deren Tätigkeitsbericht mit Zweidrittelmehrheit ab, muss diese zurücktreten	(Resolution des Ministerrates der Montanunion vom 10. 9. 52) Ausarbeitung eines Vertragsentwurfes für eine Europäische Politische Gemeinschaft
Zusammensetzung	132 Vertreter	78 Delegierte	87 Delegierte. Davon 78 zugleich Mitglieder der Gemeinsamen Versammlung und 50 der Beratenden Versammlung. 13 Beobachter.
Entsendung	Durch die Parlamente oder nach einem von ihnen gebilligten Verfahren	Durch die Parlamente. Aber auch direkte Wahl durch die Völker möglich	Die 78 Mitglieder der Gemeinsamen Versammlung +9 aus der Beratenden Versammlung Kooptierte
Verteilung der Sitze	Belgien ..... 7 Dänemark ..... 5 Deutsche Bundesrepublik ..... 18 Frankreich ..... 18 Griechenland ..... 7 Grossbritannien ..... 18 Irland ..... 4 Island ..... 3 Italien ..... 18 Luxemburg ..... 3 Niederlande ..... 7 Norwegen ..... 5 Saargebiet ..... 3 Schweden ..... 6 Türkei 10	Belgien ..... 10 (4) Deutsche Bundesrepublik ..... 18 (6) Frankreich ..... 18 (11) Italien ..... 18 (10) Luxemburg ..... 4 (3) Niederlande ..... 10 (7) Saargebiet: in die französische Delegation einbegriffen	Belgien ..... 10 (4) Deutsche Bundesrepublik ..... 21 (9) Frankreich ..... 21 (14) Italien ..... 21 (13) Luxemburg ..... 4 (3) Niederlande ..... 10 (7) Saargebiet: in die französische Delegation einbegriffen Beobachter: Dänemark ..... 1 (1) Griechenland ..... 2 (2) Grossbritannien ..... 3 (3) Irland ..... 1 (1) Island ..... 1 (1) Norwegen ..... 1 (1) Schweden ..... 2 (2) Türkei 2 (2)
		Die eingeklammerten Zahlen geben die Anzahl an, die zugleich Mitglieder der Beratenden Versammlung sind	Die eingeklammerten Zahlen geben die Anzahl an, die zugleich Mitglieder der Beratenden Versammlung sind



Soeben erschien:

ERICH PRZYWARA

HUMANITAS

906 S. Ln. 16 x 25 cm

Fr. 45.80

Horst Krüger vom Südwestfunk: «Ich glaube, dass eine so weitreichende Analyse unseres Jahrhundertbewusstseins noch nirgends durchgeführt wurde.»

CHRISTIANA-VERLAG

Tel. (051) 46 27 78 ZÜRICH 52

LEONARD VON MATT . WALTER HAUSER

Franz von Assisi

312 Seiten Gesamtumfang, davon 200 Seiten Bilder nach Originalaufnahmen von Leonard von Matt

Text von Walter Hauser

Format 18 × 24 cm. Leinen Fr. 24.70

VON LEONARD VON MATT IST BEREITS ERSCHIENEN:

ROM

Ein Standardwerk in zwei Bänden mit zusammen 600 Bildseiten, 16 Farbtafeln und 300 Seiten Text. Grossformat. Text von Dr. Dieter von Balthasar, Dr. P. Krieg, P. B. Ambord

Bd. I Die Kunst in Rom, Bd. II Papsttum und Vatikan, jeder Band Fr. 68.65

NZN-BUCHVERLAG . ZÜRICH 8

Photoapparate - Reparaturen

aller Fabrikate — Zentral- und Schlitzverschlüsse — Blitzlichtsynchronisationen — Einbau neuer Balgen — Totalrevisionen

O. BUSCH *Spezialwerkstätte für Photoreparaturen u. Feinmechanik*

Zürich 1 — Rennweg 20 — Telephon (051) 27 90 04

Verbilligte Bücher

Dr. August Adam, **Der Primat der Liebe.**
225 S., Halbleinen, früher DM. 4.80, jetzt DM. 2.80.

Hugo Lang OSB, **Gottes gute Welt.**
Die kirchliche Schöpfungslage. 116 Seiten, Leinen, früher DM. 5.90, jetzt DM. 1.90.

Josef Fischer, **Die Völkerwanderung.**
364 Seiten, früher DM. 21.—, jetzt DM. 6.50.

Der gültige Gottesstaat. Ausgewählt, übertragen und eingeleitet von Dr. Jos. Fischer. 234 Seiten, geb., früher DM 6.—, jetzt DM. 2.80.

Arthur Klein, **Carl Hilty — der Christ.**
137 Seiten, geb., früher DM. 5.40, jetzt DM. 1.80.

Thomas von Kempen, **Das Rosengärtlein.**
88 Seiten, Pappband, früher DM. 2.70, jetzt DM. 1.80.

Mozart. Sein Leben und Schaffen in Briefen und Berichten. 207 Seiten, Bildtafeln, Notenfaksimiles, geb., früher DM 7.80, jetzt DM 2.80.

Franz Johannes Weinrich, **Die sieben Geister Gottes und die sieben Gaben.**
112 Seiten, geb., früher DM 3.50, jetzt DM 1.50.

Goyau, **Das Antlitz des christlichen Rom.**
Mit 350 Abb. nach Aufn. von H. Ruedi und 14 Tafeln. Vorwort von Kard. Ceretti. Format: 25 x 32 cm. 354 Seiten, Leinen, früher DM 55.—, jetzt DM 19.50.

J. Lenz, **Die Himmel rühmen.** Von den Wundern des Weltalls.
382 Seiten mit 36 Bildern und 1 Sternkarte. Halbleinen, jetzt nur DM 4.80.

Katalog «Verbilligte Bücher» kostenlos.

Buch und Presse, Versandbuchhandlung, Heidelberg-O, Schliessfach 140

Herausgeber: Apologetisches Institut des Schweizerischen katholischen Volksvereins, Zürich 1, Auf der Mauer 13, Tel. (051) 28 54 58.

Abonnement- und Inseratenannahme: Administration «Orientierung», Zürich 1, Auf der Mauer 13, Telephon (051) 28 54 58, Postcheckkonto VIII 27842.

Abonnementspreise: Schweiz: Jährl. Fr. 11.60; halbjährl. Fr. 6.—. Einzahlungen auf Postcheckkonto VIII 27842. — Belgien-Luxemburg: Jährl. bFr. 170.— Bestellungen durch Administration Orientierung. Einzahlungen an Van Mierlo & Co., Banquiers, Bruxelles, Compte Chèques Postaux 7677. — Deutschland: Vertrieb und Anzeigen, Kemper Verlag, Heidelberg, Postfach 474, Postcheckkonto Karlsruhe 787 39. Jährl. DM 11.60; halbjährl. DM 6.—. Abbestellungen nur zulässig zum Schluss eines Kalenderjahres, spätestens ein Monat vor dessen Ablauf. — Dänemark: Jährl. Kr. 22.—. Einzahlungen an P. J. Stäubli, Hostrupsgade 16, Silkeborg. — Frankreich: Einzahlungen an Mr. Wolf Pierre, Illfurth/Ht.-Rh., c/o No. 86047 Strassburg. — Italien-Vatikan: Jährl. Lire 1800.—. Einzahlungen auf c/c 1/14444 Collegio Germanico-Ungarico, Via S. Nicolò da Tolentino, 13, Roma. — Oesterreich: Auslieferung, Verwaltung und Anzeigenannahme Verlagsanstalt Tyrolia AG., Innsbruck, Maximilianstrasse 9, Postcheckkonto Nr. 128.571 (Redaktionsmitarbeiter für Oesterreich Prof. Hugo Rahner). Jährl. Sch. 46.—.

Nachdruck mit genauer Quellenangabe gestattet: «Orientierung», Zürich

AZ Zürich 1

H. Börsig's Erben A.G., Zürich